



Postulat Nr. 537 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 9. September 2009

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger weiterbeschäftigen

Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind immer als erste und besonders stark von Wirtschaftskrisen betroffen. Die Arbeitslosigkeit unter 20- bis 24-Jährigen war im März 2009 im Vergleich zu März 2008 um 44,2 Prozent höher. Momentan liegt die entsprechende Arbeitslosenquote bei 5,1 Prozent. Konkret bedeutet das, dass mehr als 20'000 Jugendliche in der Schweiz ohne berufliche Perspektive auf der Strasse stehen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände rechnen mit bis zu 60'000 erwerbslosen Jugendlichen bis 2010.

LehrabgängerInnen sind motiviert, sie wollen arbeiten. Doch ohne Berufserfahrung nach der Lehre ist ihre Chance, eine Arbeitsstelle zu finden, deutlich kleiner. Wenn Jugendliche den Einstieg in die Arbeitswelt nicht rechtzeitig schaffen, wird ihr Selbstwertgefühl geschwächt und sie erleiden Nachteile, die sich auf ihr Erwerbsleben auswirken. Gemäss den neusten Statistiken des BfS machen Junge bis 20 Jahre bereits einen Drittel der Sozialhilfebezüger aus. Dies verursacht hohe soziale Kosten. Deshalb muss alles getan werden, damit Lehrbetriebe die Lernenden nach der Berufslehre noch im Betrieb behalten, sofern sie keine andere Stelle finden. Auch ca. ein Drittel der LehrabgängerInnen der Stadtverwaltung finden keine Stelle nach dem Lehrabschluss. Die Stadtverwaltung sollte der Privatwirtschaft mit einem positiven Beispiel vorangehen.

Die Stadtverwaltung zeigt in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereits sehr gute Ansätze, indem LehrabgängerInnen, die keine Stelle finden, sechs Monate weiterbeschäftigt werden. Dieser Ansatz muss ausgebaut und auf die verwaltungsnahen Betriebe ausgedehnt werden.

- Der Stadtrat wird deshalb aufgefordert, die nötigen Beschlüsse zu treffen, damit Jugendliche nach Abschluss der Lehre in der städtischen Verwaltung und den verwaltungsnahen Betrieben während mindestens zwei Jahren weiterbeschäftigt werden, sofern sie keine andere Stelle finden konnten.
- Der Stadtrat wird zudem aufgefordert, durch Anpassung der jeweiligen strategischen Ziele und weiterer Führungsinstrumente sowie, wo vorhanden, durch die Vertretung des

Stadtrates im Verwaltungsrat darauf hinzuwirken, dass diese Forderung auch in verwaltungsnahen Betrieben umgesetzt wird.

- Diese Weiterbeschäftigung soll nicht auf Kosten von Ausbildungsplätzen finanziert werden.

David Roth und Ylfete Fanaj
namens der SP-Fraktion